

Kapitalismus und Massenkonsum – Eine Kritik der Marxschen politischen Ökonomie

Max Webers inzwischen häufig widerlegte, aber dennoch immer wieder diskutierte Herleitung des Kapitalismus aus der protestantischen Ethik (also aus Verhaltensnormen, die exzeptionell und so in der Geschichte bisher nie dagewesen waren) scheint mir v.a. einen Sachverhalt zu belegen: Die Weigerung, die (ja durchaus von ihm beabsichtigte) Kritik an Marx und dem Marxismus in dessen Kernbereich, in die politische Ökonomie zu tragen. Eine solche Kritik, später von Keynes vorgebracht, hätte der Soziologie gezeigt, daß das Fortschritt sichernde Verhalten von Eliten beim Übergang zum Kapitalismus Folge komplexer Kämpfe „von unten“ war. Wissenschaftsgeschichtlich hat sich aus dieser Beschränkung der Marxkritik bei Weber eine unheilige Allianz zwischen nichtmarxistischem „Mainstream“ in Soziologie und Wirtschaftswissenschaft und marxistischer Kapitalismuskritik ergeben, in deren Folge die Notwendigkeit der Verfügbarkeit von Kapital gegenüber der Notwendigkeit des Wachstums der Masseneinkommen überbetont und die Rolle der Eliten überschätzt wurde. Die Eliten handelten aus Normen, der Sparsamkeit, und nicht aus auferlegten Zwängen: So wurde Kultur als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ausgeblendet und konnte nur noch in der Tradierung von Werten verständlich gemacht werden. Die Kritik an einer einseitigen Determination des „Überbaus“ durch die „Basis“, die berechtigt war, blieb der Kritik der politischen Ökonomie äußerlich. Marxisten hatten deshalb gegenüber ihren Kritikern den Vorzug, die Einheit einer Ökonomie und Gesellschaft gleichermaßen umfassenden Sozialwissenschaft leichter herzustellen, und „schmuggelten“ mit diesem direkteren Zugang auf „Totalität“ die inhaltlichen Aussagen der Marxschen Kapitalismuskritik in den Versuch einer politisch-ökonomischen Erklärung von Kapitalismus ein.

Von Weber trennt mich die Ausblendung der politischen Ökonomie. Von Marx trennen mich seine Aussagen zur politischen Ökonomie. Sein Postulat, daß nur auf der Grundlage der Analyse ökonomischer Widersprüche Gesellschaft und Geschichte verstehbar wird, teile, doch sehe ich die Mechanismen des historischen Prozesses anders.

Kapitalistische Akkumulation erfordert Steigerung der Masseneinkommen
An den Voraussetzungen für Innovation unter freier Konkurrenz will ich zeigen, daß kapitalistische Unternehmer nicht allein durch Akkumulation für ein Niveau der Nachfrage sorgen können, bei dem weitere Akkumulation für sie selbst rentabel

ist. Dies schließt Akkumulation für den Zweck der Akkumulation aus. Kapitalistisches Wachstum ist dann nicht allein aus der Verfügbarkeit von Surplus zu erklären. Die für Unternehmer geltende Verhaltensregel, nämlich den Profit durch Senkung der Produktionskosten zu maximieren, ist nicht identisch mit der Funktionsbedingung kapitalistischer Wirtschaften, nämlich wachsenden Massenmärkten.

Kein kapitalistischer Unternehmer kann eine Technologie einführen, deren Preis-Leistungs-Verhältnis schlechter ist als das einer anderen, schon bekannten Technologie. Jede Innovation wird von der Wirtschaft nur angenommen, wenn sie das Preis-Leistungs-Verhältnis erhöht, also die Stückkosten senkt und in der Tendenz die Profitrate anhebt. Betrachten wir die Auswirkungen der Einführung einer neuen Technologie auf eine Wirtschaft, in der es nur Arbeiter und Kapitalisten gäbe, wobei die Arbeiter ihre Löhne ausschließlich für Konsum verwenden, und die Kapitalisten ihre Profite ausschließlich sparen. Wenn die Voraussetzung für die Einführung einer neuen Technologie lautet, daß sie die Stückkosten senkt, muß jede neue Technologie dadurch gekennzeichnet sein, daß die Summe aus direkter (beim Betrieb der Technologie eingesetzter) und indirekter (beim Bau der Technologie eingesetzter) Arbeit pro Ausbringung sinkt. Bei konstanten Reallöhnen sinkt durch jede Innovation die Konsumnachfrage. Die Masse des erzielbaren Profits und die Profitrate steigen. Die Unternehmer können allerdings diese zusätzlichen Profite nur dann realisieren, wenn dem Ausfall an Konsumnachfrage eine kompensierende Nachfrage gegenübersteht: Bei stagnierenden Reallöhnen und einer so beschriebenen Zwei-Klassen-Wirtschaft mit nur sparenden Kapitalisten kann diese Nachfrage nur durch Nachfrage nach Investitionsgütern entstehen.

Da alle Investitionsgüter wiederum die Produktionskapazität erhöhen, muß in der Folgeperiode das Investitionsvolumen noch weiter erhöht werden. Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Produktion kann nur bestehen, wenn laufend die Investitionsquote erhöht wird und damit die Investitionen rascher als das Brutto-sozialprodukt wachsen, das dann in jeder Periode wiederum wenigstens mit der Rate des Wachstums des Kapitalstocks der Vorperiode wächst. Es gibt viele Gründe, warum ein solches explosionsartiges Wachstum über die Investitionsgüternachfrage nicht möglich ist. Das bedeutet, daß zur Auslastung der durch technischen Fortschritt steigenden Produktionskapazität der Konsum, und in unserem restriktiven Modell die Reallöhne, entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität (plus/minus Veränderung des Kapitalkoeffizienten) steigen müssen.¹

Selbstverständlich lassen sich in der realen Welt auch andere Quellen für wachsenden Konsum identifizieren. Sie können allesamt nicht dauerhaft eine ausreichende Nachfrage für die steigende Produktionskapazität herbeiführen.

Erhöhen einzelne Kapitalisten ihren Konsum, werden sie von neu in den Markt eintretenden Kapitalisten hinauskonkurriert (sofern freie Konkurrenz herrscht). „Mittelschichten“ können ihren Konsum nur dann steigern, wenn die Einkommen der Unterschichten steigen, weil unter den Bedingungen freier Konkurrenz ihre höheren Arbeitseinkommen Folge einer im Vergleich zu den ungelerten/durchschnittlichen Arbeitern höheren Produktivität, höherem Arbeitsleid oder höherer Kosten der Qualifikation sind, und ein Anstieg ihrer Kosten/Löhne ohne Anstieg der Löhne der durchschnittlich Qualifizierten zu ihrer Ersetzung durch weniger Qualifizierte führen müßte. Nichtkapitalistische Warenproduzenten können zusätzliche Nachfrage nur äußern, wenn sich ihre Terms-of-Trade mit dem kapitalistischen Sektor über das Maß hinaus verbessern, das Folge einer höheren Produktivitätssteigerung im kapitalistischen Sektor ist. Sie hätten sonst hohe Preise; Kapitalisten würden in diesen Sektor eindringen und mit wenigstens der bisherigen Technologie, aber billigerer Arbeit die Kosten senken, es sei denn, daß die steigenden Preise Folge einer Verschlechterung der natürlichen Voraussetzungen der Produktion sind (z.B. sinkende Bodenerträge). Der nichtkapitalistische Sektor kann in allen anderen Fällen nur dann seine Nachfragekapazität gegenüber dem kapitalistischen vergrößern, wenn er ein politisch abgesichertes Monopol hat und so die Durchsetzung der Dominanz kapitalistischer Produktionsweise blockiert.

In einer kapitalistischen Wirtschaft hängt die Sicherung einer der Zunahme der Arbeitsproduktivität entsprechenden, über den Ausgleich von Produktions- und Konsumtionskapazität die Unternehmererwartungen stabilisierenden und Investitionen hervorrufenden Nachfrage von der Steigerung der Reallöhne ab.² Ist eine solche Steigerung der Reallöhne ausgeschlossen, dann bleiben die sich herausbildenden kapitalistischen Sektoren (wie dies ja in einer Vielzahl vorkapitalistischer Produktionsweisen zu beobachten ist) von vorkapitalistischen herrschenden Klassen abhängig und begeben sich zu ihnen im allgemeinen in Patronagebeziehungen.

Dem wäre hinzuzufügen, daß wegen der Bedingung, daß Profite nur über Nettoinvestitionen „realisiert“ werden können, eine Nachfrage nach Produkten, die nicht mit Maschinen (dem materiellen Gegenstück zu Nettoinvestitionen) produziert werden, nicht den Profit stützt. Im Unterschied zur Luxusnachfrage der Reichen fragen Arme und mittlere Konsumenten standardisierte Produkte mittlerer und niedriger Qualität in insgesamt relativ großer Zahl nach, die dann, anders als Luxusprodukte, mit Maschinen produziert werden können.

In einer kapitalistischen Wirtschaft sind Profit und Masseneinkommen miteinander verknüpft: Nur steigende Masseneinkommen schaffen die Absatzmärkte für mit wachsender Produktivität durch Maschinen produzierte Produkte und rufen damit die Investitionen hervor, aufgrund derer Profite realisiert werden können.

Das Gesetz des tendenziellen Fall der Profitrate kann sich im Kapitalismus nicht auswirken

Marx hat erwartet, daß der Kapitalismus aufgrund der grenzenlosen Akkumulation von Kapital in eine Krise aus Profitmangel geraten könnte. Er geht davon aus (MEW 25; 221ff.), daß immer mehr Kapital im Verhältnis zur Arbeit, die allein Mehrwert produziert, investiert wird, so daß das Verhältnis zwischen Mehrwert und investiertem Kapital abnimmt. Er nennt als Gegenteil die Steigerung der Produktivität. Schon dies zeigt, daß sein Beweis nicht widerspruchsfrei formuliert ist. Handelt es sich bei seinem arithmetischen Beispiel um ein Mengensystem (jeder Zahlausdruck gibt physische Mengen von Produkten wieder), dann muß die wachsende Produktivität zur Folge haben, daß die gleiche Menge von Arbeit bei wachsendem Kapitaleinsatz mehr produziert. Konstante Reallöhne müssen einhergehen mit einem wachsenden Mehrwert. Handelt es sich um ein mit Werten operierendes Modell, dann muß wegen steigender Arbeitsproduktivität und der daraus folgenden Verbilligung des Subsistenzkorbs bei konstanten Reallöhnen der Arbeitswert der Arbeit sinken, so daß der für Mehrwert verfügbare Teil der Wertschöpfung der Arbeit anteilig steigt.

Aus der Bedingung, daß jede Technologie nur dann wirtschaftlich rentabel ist, wenn sie die Stückkosten senkt, ergibt sich, daß jede Technologie die Produktivität so weit anheben muß, daß der Mehrwert (wenigstens) so rasch steigt, wie das eingesetzte Kapital.³

Tatsächlich ist Kapitalismus nicht durch schrankenlose Akkumulation gekennzeichnet. Die Kapitalintensität steigt zwar historisch; doch vergleicht dieser Indikator den Wert der in jeweiligen Preisen gemessenen installierten Investitionen mit Mengen von Arbeit. Da die Kapitalgüter bei steigenden Reallöhnen von immer teureren Arbeitskräften hergestellt werden, muß der Preisausdruck für gleiche Arbeitsmengen darstellende Kapitalgüter mit dem Index der Reallöhne steigen, wenn er nach dem Arbeitswert gleich bleibt. Bei einer konstanten Lohnquote wird das Verhältnis zwischen dem Wert der Kapitalgüter und dem Wert der eingesetzten Arbeit durch den Kapitalkoeffizienten gemessen; dieser steigt zwar in der Anfangsphase kapitalistischer Entwicklung (v.a. durch Einbeziehung der staatlich finanzierten Infrastrukturinvestitionen) bleibt dann aber mit geringen Variationen gleich.⁴ Die Unternehmer haben nicht immer „mehr“ Kapital, sondern müssen sich laufend gegen die Entwertung ihres Kapitals durch den technischen Fortschritt wehren.⁵ Die Quellen des wirtschaftlichen Fortschritts sind nicht immer höhere Mengen von Kapital (und immer größere Mengen von in der Kapitalgüterproduktion eingesetzter Arbeitszeit), sondern immer effizientere Investitionsgüter, die mit ungefähr gleichen Arbeitsmengen hergestellt werden, wobei parallel zu dieser wachsenden Effizienz die Reallöhne steigen.

Daraus ergeben sich zwei für die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems

Kapital und Massenkonsum

wichtige Folgen: In kapitalistischen Wirtschaften kann grundsätzlich kein Profitmangel herrschen. Krisen sind entweder zyklischer Art (zeitliche Ballungen der Investitionen) oder Folge einer unzureichenden Ausweitung des Massenkonsums. Steigt der Massenkonsum rascher als die Produktionskapazität, ergeben sich inflationäre Tendenzen. Sehen die Unternehmer darin Chancen für zusätzliche Gewinne, können sie stets über ihre Investitionsentscheidungen (die Höhe der Nettoinvestitionen bestimmt die Höhe der Profite und nicht umgekehrt) die Finanzierung der eigenen Investitionen durchsetzen (sofern die Geldpolitik die inflationären Spannungen toleriert).

Die Ausweitung des Kapitalismus auf bis dahin nichtkapitalistische Wirtschaften kann dann auch nicht Folge eines Mangels an Profiten sein, wie dies die Leninsche Theorie des Imperialismus vermutet, sondern ist nur Folge der Veränderung der komparativen Kostenvorteile: Die Reallöhne steigen in kapitalistischen Wirtschaften parallel zur durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der technische Fortschritt vollzieht sich nach einzelnen Branchen unterschiedlich. Branchen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen haben steigende Preise, Branchen mit überdurchschnittlichen sinkende. Wirtschaften, die keinerlei technischen Fortschritt durchlaufen, werden allein aufgrund dieser Verschiebung der Preisrelationen in der technisch fortgeschritteneren Wirtschaft in Branchen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung aufgrund ihrer stagnierenden Reallöhne wettbewerbsfähig.

Das Problem des Übergangs zum Kapitalismus

Steigende Reallöhne für die Masse der Arbeitskräfte können nur durchgesetzt werden, wenn alle im Fall von Vollbeschäftigung auch zu Beschäftigten wenigstens so viel produzieren, wie sie konsumieren, d.h. wenn der Grenzertrag von Arbeit bei Vollbeschäftigung höher als die Reproduktionskosten ist. Nach Georgescu-Roegen und Moo-Ki⁶ sind wenig entwickelte Wirtschaften durch eine niedrige durchschnittliche Produktivität gekennzeichnet, mit der Folge, daß die zusätzliche Produktion eines Grenzarbeiters geringer ist, als das Mindesteinkommen, ohne das er nicht überleben kann. Kapitalistische Unternehmer vermindern ihre Nachfrage nach Arbeitskräften auf das Niveau, bei dem der letzte noch Beschäftigte einen Gewinn abwirft. Bei höherem Beschäftigungsstand wäre das gesamtwirtschaftliche Mehrprodukt kleiner, als das bei Reduzierung der Arbeitskräfte erreichbare. Im Fall der Existenz einer großen marginalen Bevölkerung (die gerade nicht eine Reservearmee im Marxschen Sinn ist, weil sie nicht vorübergehend vom Produktionsprozeß ausgeschlossen ist) sind keine allgemeinen Lohnsteigerungen möglich, weder über die Lohndrift, noch über politische oder gewerkschaftliche Aktionen. Entweder kommt es zu anderen Formen der Umverteilung oder zu einer zünftlerischen Abschirmung der Arbeitsmärkte für relativ produktive Arbeitskräf-

te. Kapitalistische Konkurrenz kann sich nicht durchsetzen.

Für den Umfang der Bevölkerung, die wegen geringer Grenzproduktivität marginalisiert wird, ist in einer geschlossenen Wirtschaft die Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion entscheidend, d.h. angesichts von Nahrungsmittelquoten am Konsum armer Bevölkerungen von 60-70 Prozent, die Arbeitsproduktivität bei der Nahrungsmittelproduktion.

Steigt die Produktivität in der gewerblichen Produktion, so werden mit derselben Menge von verbrauchten Nahrungsmitteln mehr gewerbliche Güter produziert. Die Preise für gewerbliche Produkte sinken. Die Beschäftigung kann nicht steigen, weil sich die Zahl der Arbeitskräfte nicht erhöht, die noch ein Mehrprodukt in der Landwirtschaft erwirtschaften, und der landwirtschaftliche Surplus, aus dem nichtlandwirtschaftlich Tätige ernährt werden könnten, nicht steigt. Nimmt jedoch die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu, dann kann sowohl die Beschäftigung in der Landwirtschaft (Abnahme der marginalisierten Bevölkerung) als auch die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft steigen (größeres Mehrprodukt). Die Physiokraten haben der Landwirtschaft so hohe Bedeutung zugemessen, weil zu ihrer Zeit die niedrige Produktivität in der Landwirtschaft noch eine Schranke für wirtschaftliche Entwicklung darstellte.

Der Durchbruch zum Kapitalismus setzt also voraus, daß in einer ihm vorhergehenden Periode die Produktivität in der Landwirtschaft steigt. Hier zeigt sich der hohe Stellenwert der im europäischen Feudalismus erreichten Verbesserung der Landwirtschaft im besonderen und der Steigerung der Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion im allgemeinen. Die europäische Kultur des Mittelalters war weniger glänzend und raffiniert als die Hochkulturen in Asien und Lateinamerika, erreichte aber technischen Fortschritt in der Landwirtschaft und in der Lohngüterproduktion. Daß die industrielle Revolution in Europa und nicht in Asien stattfand, war nicht Folge einer „höheren Entwicklung der Produktivkräfte“ in Europa, sondern einer spezifischen Ausrichtung des technischen Fortschritts im europäischen Feudalismus, Folge der Schwäche und der relativen Armut der herrschenden Klasse (im Vergleich zu den Hochkulturen Asiens).

Kulturelle Faktoren zur Erklärung des europäischen Sonderwegs müssen dann weniger in der Form der Verhaltensnormen der Eliten (Sparsamkeit calvinistischer Christen) herangezogen werden, sondern in der Form der Respektierung der Rechte der „gemeinen Leute“: Warum wurde in Europa nicht nur die Gleichheit der Menschen vor Gott zur Norm (dies gilt auch für den Islam), sondern darüber hinaus in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine reale Geltung dieser Norm durchgesetzt. Auch in vielen Teilen des Ostens gab es Bewegungen gegen die Fortdauer der (Ungleichheit vor Gott begründenden) polytheistischen Religionen, doch haben sich z.B. in Südasien solche Religionen nur in ökologisch für tributäre Herrscher schwierigen Regionen halten können (Buddhismus, später Islam im

Ganges/Brahmaputra-Delta, Buddhismus im Himalaya/Tibet). Der „bürgerlichen“-industriellen Revolution ging eine bäuerlich-agrarische voraus, die die Norm der Gleichheit aller Menschen wenigstens für ihr Seelenheil aufstellte. Warum und wie dies im Kampf um neue Religionen verwirklicht wurde, ist in der Jasperschen Theorie der Achsenzeit nur recht unvollständig beleuchtet worden. Erfolgreich war diese Revolution offenbar eher in ärmeren Agrargesellschaften.

Trotz erfolgreicher Klassenkämpfe im europäischen Feudalismus reichte auch im Mutterland der industriellen Revolution, England, weder der erreichte landwirtschaftliche Fortschritt, noch eine massive (vorübergehende) Verminderung der Bevölkerung im 14./15. Jh. (die zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bauern in größeren Teilen des nordwestlichen Europas führte) aus, Marginalität zu bannen. Gerade die als Beleg für die Notwendigkeit von Ausbeutung häufig zitierten englischen Armengesetze sind ein hervorragendes Beispiel für die Stärkung der Masseneinkommen zulasten des verfügbaren Surplus beim Übergang zum Kapitalismus.⁷ An ihnen wird von vielen, so auch von Marx, kritisiert, daß Unternehmer Arbeiter beschäftigen konnten, ohne die gesamten Kosten ihrer Subsistenz bezahlen zu müssen. Die Differenz zwischen dem Lohn und der Subsistenz wurde von den Gemeinden übernommen. Die Gemeinden konnten aber zweifellos für diese Kosten nur aufkommen, wenn sie diejenigen besteuerten, die den wirtschaftlichen Surplus kontrollierten. Aus dem Surplus, den feudale und/oder kapitalistische Großgrundbesitzer mit einer begrenzten Zahl von Arbeitskräften bezogen, die noch (angesichts der geringen Ausstattung mit Produktionsmitteln) ein Mehrprodukt erwirtschafteten, finanzierten die Gemeinden über Steuersubventionen Arbeitskräfte, die weniger zusätzlich produzierten, als sie verbrauchten. Gegenüber dem Beschäftigungsniveau, bei dem der Surplus maximal war, verminderte sich der Surplus durch eine beschäftigungsunabhängige Steuer. Die Produktion an Massenkonsumgütern (Nahrungsmitteln) stieg, da die marginalisierten Arbeiter zusätzlich noch ein Produktionsergebnis erzielten, auch wenn dieses kleiner war als ihr zusätzlicher Verbrauch. Wegen des Anstiegs der Nachfrage nach mit Maschinen zu produzierenden Massenkonsumgütern wurden Investitionen rentabel, so daß innerhalb des Surplus der Anteil des Profits zulasten der konsumtiven Verwendung steigen konnte, da unter den Reichen diejenigen ihre Einkommensbasis vergrößerten, die solche Investitionen vornahmen. Der Surplus nahm ab, der Massenkonsum nahm zu, ebenso wie der Anteil der progressiven Form des Surplus, des Profits, am gesamten Surplus. Ohne eine solche Umverteilung wäre der Surplus größer gewesen, hätte jedoch nur als Rente angeeignet werden können.

Die Vertreter der wirtschaftlichen Modernisierungstheorie⁸ hatten zwar Recht, von einer Maximierung des Surplus für die heutigen Entwicklungsländer abzuleiten, daß damit die Investitionsquote am nachhaltigsten gesteigert werden kann. Da der

Surplus aber unter dieser Voraussetzung nicht von Unternehmern, die der Konkurrenz ausgesetzt sind, als Profit angeeignet wird, ist nicht gesichert, daß der „Profit“ auch tatsächlich für Investitionen verwendet wird. Im englischen Beispiel begrenzte die Umverteilung von Surplus zugunsten der Masseneinkommen die Tendenzen zur Vergeudung des Surplus.

In Wirtschaften, in denen sich kapitalistische Produktionsverhältnisse noch nicht durchgesetzt haben, ist im Regelfall die Produktivität bei der Herstellung von Massenkonsumgütern so niedrig, daß Marginalität auftritt. Technischer Fortschritt außerhalb der Nahrungsmittelproduktion erhöht zwar den Surplus, doch kann dieser nicht als Profit (in der Folge von Investitionen in Maschinen: Steigerung der Massenkonsumgüterproduktion), sondern nur als Rente (mit politischem Monopol) angeeignet werden. Ob diese Rente für die Steigerung der Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion oder nicht verwendet wird, hängt wiederum von politischen Mechanismen ab.

Auf politische Mechanismen zur Steigerung der Massennachfrage kann beim Übergang zum Kapitalismus dann verzichtet werden, wenn marginale Bevölkerung wegen einer außerordentlich günstigen Ausstattung mit landwirtschaftlichen Böden nicht auftritt. Dies war der Fall in den Siedlungskolonien der Europäer insbesondere in Nordamerika. Die Rolle politischer Faktoren beim Übergang zum Kapitalismus ist gerade wegen der Dominanz der amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft in der Nachkriegszeit häufig übersehen worden.

Die heutige Dritte Welt befindet sich ähnlich wie das Europa des 14. bis 17. Jh. in einer Phase noch geringen (vielleicht sogar geringeren) Entwicklungsstands bei der Herstellung von Massenkonsumgütern. Die marginale Bevölkerung wächst zudem wegen des (im übrigen durch die Entwicklungshilfe noch beförderten) raschen demographischen Wachstums. Es kann deshalb nicht erwartet werden, daß der Übergang zu einer kapitalistischen Wirtschaft ohne staatliche Intervention bei der Transformation von Renten in Investitionen möglich ist.

Gegenüber dem Einwand, daß auch im England der industriellen Revolution große Einkommensunterschiede bestanden und ein großer Teil der zusätzlichen industriellen Produktion von den Beziehern hoher Einkommen verbraucht wurden, sind zwei Einwände zu machen: einerseits ist es dem vorindustriellen England gelungen, die bis dahin regelmäßig auftretenden Hungersnöte zu beseitigen und auch für die Armen ein (wenn auch niedriges Auskommen) zu sichern; andererseits ist ein Anteil von 40 Prozent der Reichen⁹ an der zusätzlichen gewerblichen Produktion zwischen 1750 und 1840 kein Beleg für große Ungleichheit. In den meisten Ländern der Dritten Welt liegt der Anteil der oberen Einkommensklassen am Konsum deutlich höher als 40 Prozent.

Das Problem der Überwindung von Unterentwicklung in der heutigen Dritten Welt

Das Problem, daß ein großer Teil der Bevölkerung in einer Armutsfalle gefangen ist und deshalb – trotz technischen Fortschritts in Einzelbereichen – keine allgemeinen Lohnsteigerungen durchgesetzt werden können, stellt sich für die heutige Dritte Welt auf verschärfte Weise. In den heute entwickelten kapitalistischen Industrieländern konnte sich Kapitalismus nur durchsetzen, weil sich Massenmärkte bildeten. Wäre dieser Durchbruch beim Massenkonsum nicht gelungen, hätte es für einen wachsenden Surplus keine Möglichkeiten der investiven Verwendung gegeben. Die Kapitalisten hätten sich weiterhin (und haben dies auch lange Zeit getan: Arkwright verkaufte seine Unternehmen, um ein Landgut zu erwerben) wie die alten Fernhandelskapitalisten in die vorkapitalistischen herrschenden Klassen eingekauft. In den dann fortbestehenden „feudalen“ (tatsächlich in tributäre Produktionsweisen hinüberwachsenden – Absolutismus) Gesellschaften wäre technischer Fortschritt ähnlich zufällig geblieben, wie in den Hochkulturen Asiens.

Eine solche Transformation der gesellschaftlichen Strukturen zur Sicherung der Verwendung des Surplus für die Erweiterung der zukünftigen Quellen von Surplus ist dann nicht notwendig, wenn kapitalistische Produktionsverhältnisse von außen eindringen und Akkumulation sich primär auf äußere Märkte stützen kann. Kapitalistische Produktionsverhältnisse können in solche Gesellschaften ohne die in Europa vorhergehende Steigerung der Produktivität bei der Massenkonsumgüterproduktion eindringen. Die Spezialisierung, die sich dabei technisch rückständigen Wirtschaften bietet, fördert gerade nicht die beiden für die Durchsetzung des Kapitalismus in Europa, Nordamerika und Japan entscheidenden Produktionszweige, nämlich Massenkonsumgüterproduktion (insbesondere Landwirtschaft) und Investitionsgüterproduktion.

In einer kapitalistischen Wirtschaft ist das Leistungs-Kosten-Verhältnis in der Investitionsgüterproduktion grundsätzlich höher als die durchschnittliche Steigerung der Produktivität, die die Steigerung der Reallöhne bestimmt. Die Performanz neuer Maschinen steigt schneller als die Arbeitskosten, weil die Performanz alle Einsparungen und Produktionssteigerungen mißt, die auch bei der Messung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Rechnung gestellt werden, aber nur auf die Kosten der Maschinenproduktion und nicht auf die gesamtwirtschaftlichen Produktionskosten bezieht.

Kann eine neue Technologie in einer rückständigen Wirtschaft ähnlich effizient eingesetzt werden, wie in ihrem Ursprungsland (einem kapitalistischen Industrieland; und diese Bedingung gilt heute für eine große Zahl von Entwicklungsländern), dann nimmt der Abstand in der Produktivität bei der Nutzung moderner Technologie ab. Der Abstand bei der Entwicklung moderner Technologie hat aber zugenommen: Das Technologie exportierende Land finanziert über den Preis neuer Maschi-

nen schon die Entwicklung der nächsten Generation (weil kein Unternehmen der Maschinenbaubranche auf die Erwirtschaftung der eigenen Forschungs- und Entwicklungskosten dauerhaft verzichten kann, ohne bankrott zu gehen). Das Technologie nur importierende Land ist vom Erwerb jener Kenntnisse, die die Maschinenbauer bei der Entwicklung neuer Technologie erwerben, und von den finanziellen Ressourcen zur Finanzierung neuer Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen ausgeschlossen.

Da die durchschnittliche Produktivitätssteigerung im kapitalistischen Industrieland niedriger ist, als der in der Performanz gemessene technische Fortschritt in der Maschinenproduktion, ist die Herstellung lokaler einfacher Technologie im rückständigen Land (gemessen an der erzielbaren Produktivitätssteigerung) nur dann kostengünstiger als der Import von Technologie, wenn kostenloses Lernen möglich ist. Zwar ist die Imitation fortgeschrittener Technologie möglich und auf dem Gebiet der Konzeption von Maschinen im Regelfall eher einfach; hohe Kosten treten aber bei der Ausführung von „Blaupausen“ auf, weil die ausgebildeten und über Produktionserfahrung verfügenden Arbeiter teuer sind. Der Einstieg in die Fähigkeit zum Lernen von technisch fortgeschritteneren Gesellschaften setzt die lokale Produktion zunächst noch einfacher Maschinen voraus. Damit sie eingesetzt werden können, muß die Nachfrage nach mit diesen Maschinen produzierbaren einfachen Gütern gesteigert werden, nämlich die Massennachfrage.¹⁰

In den Industrieländern hat sich der technische Fortschritt in der industriellen Produktion zwar rascher entwickelt als bei der Herstellung von Nahrungsmitteln. Da technischer Fortschritt bei der Herstellung von Nahrungsmitteln an naturräumliche Bedingungen der Produktion gebunden ist, ist er allerdings schwerer zu übertragen als technischer Fortschritt in der industriellen Produktion. Trotz des rascheren technischen Fortschritts bei der industriellen Produktion ist im allgemeinen der Rückstand der Entwicklungsländer bei der Anwendung moderner Technologie in der Industrieproduktion kleiner als bei der Nahrungsmittelproduktion. Die neue Wettbewerbsfähigkeit der Dritten Welt bei gewerblichen Produkten wirkt sich dann ähnlich aus, wie die Wettbewerbsfähigkeit bei einigen wenigen Rohstoffen industriellen oder landwirtschaftlichen Ursprungs: Der Wechselkurs, der sich aufgrund der Produktivität in den Exportsektoren bildet, ist zu hoch, als daß die landwirtschaftliche Produktion anspringen würde. Industrielles Wachstum hat nur bedingt eine verstärkte Nachfrage nach lokal produzierten Nahrungsmitteln zur Folge, insbesondere wenn zusätzlich die Industrieländer ihre Nahrungsmittelexporte subventionieren. Herrscht Großgrundbesitz vor, dann ist Konkurrenzfähigkeit der lokalen Landwirtschaft nur durch Rationalisierung und Freisetzung von Arbeit erreichbar. Herrscht Kleinbesitz vor, dann können die Kosten der Nahrungsmittelproduktion für den vermarktaren Überschuß nicht mehr anteilig erwirt-

schaftet werden. Es kommt zu Involution. In beiden Fällen dynamisiert der Exportsektor die landwirtschaftliche Produktion nur begrenzt.

Die Behinderung von Nahrungsmittel- und Maschinenproduktion durch falsche Preise sind allerdings nur Aspekte einer allgemeineren Behinderung kapitalistischer Entwicklung in wirtschaftlich rückständigen Gebieten, deren Grundlage die Unabhängigkeit technischen Fortschritts in den führenden Ländern vom Wert des investierten Kapitals ist. Unabhängig vom Wert des investierten Kapitals entwickelt sich technischer Fortschritt in verschiedenen Produktionszweigen auf zufällige Weise (einzelne Operationen sind leichter zu mechanisieren als andere) unterschiedlich. Unterschiedliche Steigerungen der Produktivität führen zur Veränderung der relativen Preise, bis die Grenzerträge der eingesetzten Produktionsfaktoren bei allen Verwendungen gleich werden (und dann trotz unterschiedlichen Wachstums der physischen Produktivität das in Preisen gemessene Produktivitätsniveau bei allen Verwendungen der Produktionsfaktoren gleich wird). Durch diese Verschiebung der relativen Preise werden den Wirtschaften, die in keinem einzigen Produktionszweig Produktivitätssteigerungen erreicht haben, Unterschiede im Rückstand der Produktivität signalisiert, wodurch sich comparative Kostenvorteile als Grundlage für neue Exportmöglichkeiten verschieben. Ob dadurch Entwicklung oder Unterentwicklung entsteht, hängt nicht allein von den Handelsströmen ab. Unabhängig von der Art der Produkte entscheidet der allgemeine technische Entwicklungsstand der neu exportierenden Wirtschaft und ihre soziale Struktur über die Auswirkungen des Handels für das langfristige Wachstum.

Sind in der neu exportierenden Wirtschaft die Produktivitätsrückstände gegenüber den führenden Wirtschaften ungefähr gleich, insbesondere bei der Produktion von Ausrüstungsgütern im Verhältnis zu den Exporten, führen neue Exportmöglichkeiten zur Nachfrage nach vorgelagerten Branchen einschließlich des Maschinenbaus und schaffen damit große Akzelerator- und Multiplikatoreffekte, die zur Erhöhung des Beschäftigungsniveaus führen. Tendiert eine solche Wirtschaft – auch aufgrund des schon erreichten Beschäftigungsniveaus, v.a. aber aufgrund eines geringen Umfangs marginaler Bevölkerung – zur Vollbeschäftigung, steigen über die neuen Exportmöglichkeiten auch die Masseneinkommen; der Binnenmarkt entwickelt sich; neue Investitionsmöglichkeiten entstehen; der kapitalistische Wachstumsprozeß – Masseneinkommen schaffen Investitionsmöglichkeiten, Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze – kommt in Gang bzw. wird beschleunigt.¹¹ Dies ist das von den Anhängern des Wirtschaftsliberalismus skizzierte Szenario.

Liegen aber die Produktivitäten nach Produktionszweigen weit auseinander, weil z.B. nur in wenigen durch natürliche Voraussetzungen der Produktion (Rohstoffe) oder durch Technologieimport produktiven Branchen die Produk-

tionsrückstände eher gering sind, und ist die Preiselastizität der Nachfrage für diese Produkte in den kapitalistischen Industrieländern niedrig, muß dieses entwicklungs-fördernde Szenario nicht eintreten. Multiplikator und Akzelerator sind wegen der hohen Importquote in den Exportbranchen gering. Eine Erhöhung der Beschäftigung durch die Steigerung der exportierten Mengen führt zu raschem Preisverfall. Ein Umsteigen auf binnenmarktorientierte Produktionszweige oder neue Exportbranchen ist aber erst möglich, wenn der internationale Wert nationaler Produktionsfaktoren durch massive Abwertungen vermindert wird. Je nach der Preiselastizität der Nachfrage für die Produkte der hochproduktiven Branchen und der Streuung der Produktivitätsrückstände innerhalb solcher Volkswirtschaften wird Vollbeschäftigung möglicherweise erst bei Abwertungssätzen erreicht, bei denen, trotz steigender Mengen des Exports, die Erlöse oder wenigstens der verfügbare Surplus abnehmen (bei steigenden Mengen steigen die Kosten der eingesetzten Faktoren, das Maximum des Surplus wird früher erreicht als das Maximum der Erlöse). In diesen Differenzen der Produktivitäten liegen die Grundlagen für die Verschlechterung der Terms-of-Trade (ist die Produktivität in der Nahrungsmittelproduktion hoch, steigen Ökonomien bei fallenden Exportpreisen auf den Ersatz bisheriger Importe um, der Fall der Exportpreise wird gestoppt). Sie begründen allerdings auch die Möglichkeit der Aneignung von Renten, weil die hochproduktiven Produktionszweige mit Steuern belegt werden können.¹²

Nach dem Scheitern der Exportoligarchien in Lateinamerika und im Zusammenhang mit der Entkolonisierung in Afrika und Asien haben sich neue herrschende Klassen gebildet, die sich über die Kontrolle der Außenwirtschaftsbeziehungen und des Staatsapparats Renten aneignen und diese zumindest in der eigenen Rechtfertigung für die wirtschaftliche Diversifizierung einsetzen.¹³ Ihre Machtposition erlaubt ihnen auch lokal produzierbaren Surplus anzueignen und für eine planwirtschaftliche Diversifizierung der Wirtschaft zu nutzen. Wegen der Enge des Binnenmarkts und der Existenz einer marginalisierten Bevölkerung könnten allerdings weder die Unternehmer (sie können keine Nettoinvestitionen durchführen wegen ihrer Absatzerwartungen) noch die Arbeiter und Bauern (sie können ihre Einkommen wegen der Existenz der marginalen Bevölkerung nicht steigern) sich diesen wachsenden Surplus aneignen.

Die die bürokratischen Entwicklungsgesellschaften der Dritten Welt dominierenden Staatsklassen stellen eine Chance (Aneignung von sonst für Investitionen nicht verfügbarem Surplus) und Gefahr (Vergeudung des Surplus) dar. Sie bestehen aus Segmenten, die um Einfluß, Einkommen und Prestige rivalisieren. Da sie anders als private Unternehmer nicht durch Marktkonkurrenz kontrolliert werden, sind sie bei der Verwendung des angeeigneten Surplus frei. Sie können diese Einkommen für die Transformation ihrer Wirtschaften nutzen, wobei sie wegen der Voraussetzungen für den Einsatz von Technologie (große Produktions-

serien, Anpassen der Nachfrage an die Qualifikation der verfügbaren Arbeitskräfte) dann erfolgreich sein können, wenn sie die Politik der Förderung eines lokalen Maschinenbaus mit einer Politik der Egalisierung der Einkommenverteilung verbinden. Die primär auf Zentralisierung von Mehrwert abhebende vorherrschende westliche (und frühere östliche) Entwicklungstheorie hat allerdings eine famose Rechtfertigung für die Selbstprivilegierung der Staatsklassen abgegeben, die sich immer mehr auf die Erhöhung der konsumtiven und der ineffizienten investiven Ausgaben verlegten. Verschuldung und Krise des Entwicklungsstaats waren die Folgen. Dennoch haben viele Staatsklassen wenigstens so viel Effizienz aufgewiesen, daß die Kapitalproduktivität einigermaßen hoch blieb und eine im Vergleich zu einer konkurrenzialen Unternehmerwirtschaft niedrigere Kapitalproduktivität durch höhere Investitionsfonds kompensiert wurde. Soweit diese aus Renten zulasten der kapitalistischen Industrieländer und nicht aus der eigenen Wirtschaft angeeignet wurden, konnte vollständige Spezialisierung mit den dazu notwendigen Abwertungen nicht überlegen sein.

Als zentrales Problem der Entwicklungspolitik ergibt sich deshalb auch in Zukunft, wie unvermeidbar auftretende, nicht allein in den politischen Strukturen begründete Renten produktiv genutzt werden können. Je automatischer ihre Kanalisierung in Investitionen zur Anhebung der Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion gelingt, desto geringer die Verluste durch „rent-seeking“, d.h. vergeudende Nutzung von Ressourcen. Eine Form wären zweifellos Agrarformen, bei denen die Eigentumsrechte am insgesamt reichlich vorhandenen Produktionsmittel Boden möglichst gleich verteilt würden, weil dann Bauern einen ungefähr gleichen Anteil an den hochproduktiven Arbeitsmöglichkeiten erhielten, dadurch überleben könnten, und zur Sicherung ihrer Subsistenz auch die marginalen Arbeitsmöglichkeiten nutzen würden, indem sie alle Möglichkeiten zu Produktionssteigerungen durch zusätzliche Arbeitszeit wahrnehmen.¹⁴ Die Minifundio-Diskussion in Lateinamerika zeigt die Plausibilität einer solchen Politik, da sie belegt, daß kleine Landeigentümer bei niedriger Arbeitsproduktivität hohe Arbeitsmengen für die Erwirtschaftung noch kleiner Produktionszuwächse einsetzen.

Gerade die erfolgreicheren der Schwellenländer belegen, daß nicht das wirtschaftsliberale Konzept Erfolg verspricht, sondern Kanalisierung von Renten auf möglichst produktionssteigernde Weise durch Egalisierung der Einkommensverteilung, wenn nötig sogar mit Eingriffen in die Eigentumsrechte (südkoreanische und taiwanische Agrarreform).

Zur Krise des realen Sozialismus

Während die bürokratischen Entwicklungsgesellschaften eine ökonomische Basis – die Rente – haben, aufgrund derer auch die derzeitige Krise nicht zu bloßer

Liberalisierung führen kann, fehlt der „Gesellschaftsformation“, die sich im Anschluß an die Oktoberrevolution entwickelte, eine solche vom Kapitalismus der westlichen Industrieländer abweichende ökonomische Struktur. Der Aufbau des Kommunismus stellt vielmehr den voluntaristischen Versuch der Überwindung des Kapitalismus nicht durch seine Weiterentwicklung, sondern durch seine Abschaffung einschließlich seiner Errungenschaften dar, zu denen die Nutzung des Markts als Instrument zur Kontrolle der Privilegierten gehört: Konkurrenz im Kapitalismus hat als Konsequenz, daß die Privilegierten Mehrprodukt nur in dem Umfang aneignen können, wie insgesamt Nettoinvestitionen für das Wachstum der Produktivkräfte vorgenommen werden, und dabei als je einzelne Kapitalisten in Bezug auf die Effizienz der Technologien und die Akzeptanz der Produkte am Markt kontrolliert werden. Deshalb hat die reformistische Arbeiterbewegung durch ihre politische und gesellschaftliche Praxis gerade in den führenden Industrieländern frühzeitig gelernt, daß Markt und Machtdiffusion ihrem Ziel einer Besserstellung einer möglichst großen Zahl der Unterprivilegierten am ehesten nutzen.

Die kommunistischen Parteien haben nach der Machtübernahme in der UdSSR diese Arbeiterbewegung im Westen auf doppelte Weise geschwächt. Sie haben sie gespalten und ihre Gegner mit dem Anspruch auf ein welthistorisch überlegenes Modell, das auch die Anwendung von Gewalt rechtfertige, zusammengeschweißt. Nicht allein wegen dieser Auseinandersetzungen, doch aber auch durch sie mitverursacht, konnten die objektiven Möglichkeiten zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und zur Steigerung der Realeinkommen in der Folge der sehr hohen Produktivitätssteigerungen der zwanziger Jahre nicht genutzt werden. Die Folge war eine unterkonsumtive Krise, die von den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm, und die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus in Frage zu stellen schien. Dies und die Verdienste der Sowjetunion bei der Niederschlagung einer der Lösungsmodelle für die Krise, nämlich des deutschen Faschismus, machten das sowjetische Modell in den dreißiger Jahren und in der Nachkriegszeit attraktiv.

Dieses historische Erbe konnte nicht überdauern, als sich zeigte, daß die gefestigten bürgerlichen Demokratien der USA, Großbritanniens, aber auch anderer Länder die Herausforderung der Krise der dreißiger Jahre mit einem neuen Modell der Klassenkollaboration beantworteten, das zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und der weitgehend gleichberechtigten Beteiligung der Arbeiter an den politischen Entscheidungen führte, mit der Konsequenz des raschen wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitig hoher Verteilungsgerechtigkeit, hohen und wachsenden Masseneinkommen und einem hohen Maß sozialer Sicherheit.

Gegenüber einem solchen nahe an Vollbeschäftigung operierenden Kapitalismus haben Wirtschaften, die nicht über den Marktmechanismus zur Kontrolle der

Effizienz von Investitionen verfügen, nur die Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Investitionsquoten gleiche Wachstumsraten zu erzielen, in deren Folge der Anstieg des Konsums unter dem Anstieg des Bruttosozialprodukts liegen muß. Die sich daraus ergebenden hohen Investitionsquoten im realen Sozialismus waren lange Zeit als Beleg für die Leistungsfähigkeit dieser Systeme ausgegeben worden, dokumentieren jedoch nur eine höhere Ausbeutung, die die Kosten ineffizienter Leitung kompensierte und letztlich eine Finanzierung von Statusprivilegien der „Nomenklatura“ war.

Die realsozialistischen Länder verloren die Möglichkeit, Legitimität durch Performanz zu gewinnen, während die kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten in der ideologischen Auseinandersetzung an Attraktivität gewannen, weil sie wegen ihrer Performanz das Ausmaß der Normen begrenzen konnten, die von allen zu akzeptieren waren, und so die Autonomie vieler Lebensbereiche dulden konnten. Fehlende Performanz im realen Sozialismus mußte zur Folge haben, daß die in der Leninschen Parteitheorie und in seinem Mißtrauen gegenüber der real existierenden Arbeiterbewegung (und nicht erst seit Stalin) angelegten Tendenzen zu diktatorischer Herrschaftsausübung und Organisation aller Lebensbereiche trotz Reformanstrengungen nicht abgebaut werden konnten, sondern lediglich in den terroristischen Formen der Ausübung der Kontrolle beschnitten werden konnten.

Der Verzicht auf Konkurrenz zur Kontrolle der Privilegierten führt im realen Sozialismus zu den von Marx beschriebenen Tendenzen der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (hoher Fixkapitaleinsatz im Verhältnis zur Arbeit, höhere Steigerung des Fixkapitaleinsatzes als der Produktion) und erforderte für die Aufrechterhaltung der Akkumulationsrate des Kapitals – wie von Marx vorhergesehen – verschärfte Ausbeutung.

Weltpolitisch zeigte sich der Kapitalmangel des sozialistischen Lagers zuerst in seinem Verhältnis zur Dritten Welt. Die UdSSR machte schon Mitte der siebziger Jahre deutlich, daß sie den Westen als Quelle von Technologien und finanziellen Ressourcen nicht ersetzen könne. Es sind nicht die Gorbatschowschen Reformen, sondern die ökonomischen Widersprüche des realen Sozialismus, die zu seinem Zusammenbruch führten. Als Erbe hinterläßt er jedoch eine nachhaltige Schwächung auch der politischen Kräfte, die für kapitalistisches Wachstum notwendig sind, nämlich der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung, die von ihren Gegnern mit dem Hinweis auf das ihr mit den kommunistischen Parteien gemeinsame historische Erbe als auch sozialistisch diffamiert wird und in den vom realen Sozialismus befreiten Gesellschaften des europäischen Ostens – auch angesichts des Übergangs der Marxisten zu einer sehr simplifizierenden Erklärung von Kapitalismus – keine starke Resonanz findet.

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus entstehen in Osteuropa Gesellschaften, in denen aufgrund der durchaus erfolgreichen Industrialisie-

rungsbemühungen große Chancen auf Steigerung der Produktivität durch neue Lenkungsmechanismen der Wirtschaft auf mikroökonomischer Ebene entstehen, während die makroökonomischen Voraussetzungen für die politische Durchsetzung des Ausgleiches zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität gerade durch die Jahrzehnte der Einparteidiktatur zerstört worden sind. Für die Zukunftsperspektiven des internationalen Systems stellen die Bedingungen und Formen des Zusammenbruchs der realsozialistischen Länder eine nicht unbeträchtliche Bürde dar.

Die Perspektiven des Weltsystems: Logik des Profits gegen Logik der Rente
Gegenwärtig scheint mir die westliche Sozialwissenschaft vom unumkehrbaren Sieg der repräsentativen Demokratie und der liberalen (nicht immer der „sozialen“) Marktwirtschaft auszugehen. Aus drei Gründen halte ich diese Auffassung für verfehlt:

1) Die Logik des Profits ist selbst in kapitalistischen Industrieländern durch den Anstieg der Logik der Rente bedroht, die ihre Grundlage im Fehlen der Voraussetzungen für die Übertragung der kapitalistischen Produktionsweise auf die Dritte Welt hat.

2) Die Logik des Profits wird vom Rückgang der Dominanz der Ökonomie als dem Reich der Knappheit in den führenden kapitalistischen Industrieländern bedroht.

3) Die Revolutionen in Osteuropa stärken innerhalb des Nordens die Kräfte, die von bloßer Marktsteuerung den Ausgleich zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität erwarten. Sie bedrohen die internationalen Gleichgewichte, weil sie mit der Ablehnung einer internationalen Konzertierung zum Ausgleich von Produktions- und Konsumtionskapazität neomerkantilistischen Praktiken Tür und Tor öffnen.

Die Übertragung des kapitalistischen Wachstumsmodells auf die Länder der Dritten Welt setzt weitgehende Eingriffe auf unterschiedlichen Niveaus (durchaus teilweise globalsteuernder Art – Umverteilung von Property Rights) zur Überwindung von Marginalität voraus. Bei vollständiger Spezialisierung reicht das Nachfragepotential des Westens nicht aus, um im Süden Marginalität über Beschäftigungszuwächse im Exportsektor zu beseitigen. In manchen Ländern des Südens würde vollständige Spezialisierung zur Abwertung des internationalen Werts lokaler Arbeit unter das Niveau der unabweisbaren Subsistenzkosten führen, die bei (hier stets) niedriger landwirtschaftlicher Produktivität (und Eigenversorgung) an den internationalen Preis von Nahrungsmitteln geknüpft sind.

Zwar werden in der derzeitigen Krise des Entwicklungsstaats die an Planung und Etatismus (und häufig westlichen soziokulturellen Normen) ausgerichteten Eliten von marktorientierten, neu aufsteigenden Mittelklassen abgelöst bzw. wenigstens nachhaltig in Frage gestellt, doch dient die Marktorientierung dieser

neuen Klassen v.a. dem Kampf gegen staatliche Bereicherung. Die Alternative zur Staatswirtschaft, nämlich Umverteilung zur Beseitigung von Marginalität scheitert auch bei diesen neu aufsteigenden Mittelklassen wegen ihrer sehr hartnäckigen Verteidigung der eigenen Property Rights. Im Regelfall sind sie auch nationalistisch genug, um in der Außenwirtschaft Eingriffe zu befürworten. Sie widersetzen sich dabei der Abwertung des internationalen Werts lokaler Arbeit auf realistische Niveaus.

Der Prozeß der Auslagerung von Produktionsstätten durch Direktinvestitionen oder neue Konkurrenzfähigkeit von Produktionsstandorten in der Dritten Welt wird fortauern, auch wenn in der gegenwärtigen mikroelektronischen Revolution Rückverlagerungsprozesse stattfinden. Eine Erhöhung absoluter Kostenvorteile als Folge von Produktivitätssteigerungen verändert zwar komparative Vorteile, wegen der mit den Produktivitätssteigerungen mittelfristig notwendig einhergehenden Reallohnsteigerungen kommen aber eben andere als durch die Mikroelektronik modernisierte Branchen (aber vielleicht auch diese) unter Konkurrenzdruck. Gerade neue Technologien, die nicht auf tradierten aufbauen, müssen die komparativen Kostenvorteile zugunsten neuer Produktionsstandorte verschieben. Den bisher führenden kapitalistischen Industrieländern dürfte die Verteidigung ihrer Stellung in hochtechnologischen Bereichen gelingen. Aufgrund der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung als Folge der hohen Produktivitätssteigerungen in den hochtechnologischen Bereichen müssen die durchschnittlichen Reallöhne steigen. Dies beschleunigt die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnggebiete, da wegen einiger sehr produktiver Branchen die gesamtwirtschaftlich durchschnittlichen Produktivitätsvorsprünge höher als die in vielen anderen Branchen gegenüber der Dritten Welt noch erzielbaren liegen. Dies schließt das Management des Ausgleichs zwischen Produktionskapazität und Konsumtionskapazität über allgemeine und parallele Lohnerhöhungen aus und fordert branchen- und betriebsspezifische Regelungen.

Der Verteilungsspielraum ist dann nicht mehr ein allgemeiner Topf, an dem alle Arbeiter gleichermaßen teilnehmen, sondern wird in Einzelteile aufgespalten, um die kleine Gruppen politische Verteilungskämpfe durchführen. Es kann nicht ausbleiben, daß die in der Theorie der Koalitionsbildung zur Verteidigung von Zollschutz behandelten Mechanismen der Politisierung der Verteilungskämpfe nun auf sehr viel breiterer Basis einsetzen werden. Ich schließe für die Zukunft eine Fragmentierung des politischen Prozesses in Einzelauseinandersetzungen zwischen strategisch gut platzierten Gruppen nicht aus, die einen guten Zugriff auf einen nur noch politisch verteilbaren Surplus haben, der dann die Form einer Rente hat.

Dies kann mit großen Möglichkeiten zur Verteilung von Surplus einhergehen, die weder über den Markt noch durch repräsentative Institutionen kontrolliert werden können. Es scheint mir nicht sicher, daß die in der liberalen Demokratie

analog zur Marktwirtschaft implizierte Begrenzung von Macht auch in Zukunft gesichert werden kann. Mit dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums in den kapitalistischen Industrieländern nimmt der Grenznutzen materieller Güter ab, so daß die disziplinierende Wirkung des Verlustes an materiellen Gütern abnimmt. Die Sozialisation der Individuen über die Dominanz des Arbeitsplatzes, der sie zu kollektiver, nationsweiter Kooperation zusammengeführt hat, wird abnehmen, wenn für die Selbsteinstufung in den gesellschaftlichen Hierarchien weniger das Einkommen und die Art des Arbeitsplatzes, als andere „postmaterialistische“ Werte bedeutsam werden. In die gleiche Richtung wirken die Verminderung der Arbeitszeit und die Auslagerung von Berufsarbeit in Haushalte, so daß die solidaritätsstiftende Erfahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen weniger häufig gemacht werden kann.

Die Entwicklung einer Klasse von Politikmanagern, die auf nicht politisch verwertbare außerberufliche Befriedigung verzichtet und Freizeitkonsum im politischen Machtstreben erlebt, kann sehr wohl die Herausbildung einer neuen Staatsklasse erlauben, die über die Kontrolle der entscheidenden Informationsinstrumente und unter Hinnahme langer Arbeitszeiten fast wie ein mönchischer Orden Entscheidungen produziert und sich einer weniger solidarischen und in ihren politischen Anliegen auf kleine Räume beziehenden Basis manipulatorisch versichert. Dabei könnte angesichts der postmaterialistischen Orientierung der Basis und der zunehmenden Internationalisierung der Produktion die Distanz zwischen beiden Entscheidungsebenen noch zunehmen. Wittfogels „Bettlerdemokratie“ könnte dann sehr wohl akzeptiertes Resultat dezentraler Kämpfe im ökologischen Bereich sein.¹⁵ Entscheidungen können von hier aus nicht mehr über große nationsweite Mehrheiten in Gang gesetzt werden, sondern über gute Beziehungen zu einzelnen Entscheidungsträgern auf verschiedenen Ebenen, was ungefähr dem politischen Prozeß in den heutigen bürokratischen Entwicklungsgesellschaften entspricht.

Als Teil einer kapitalistischen Weltwirtschaft können einzelne nationale Wirtschaften genauso wie einzelne Unternehmen selbstverständlich durch Nachfrage wachsen, die sie nicht selbst bereitgestellt haben. Der Kampf um Exportüberschüsse zur Erhöhung der Beschäftigung zulasten anderer Volkswirtschaften hatte in den dreißiger Jahren die Form von Abwertungswettläufen angenommen und nimmt heute die Form des Kampfs um Begrenzung der Nominallohne an. Bisher war innerhalb der in der OECD zusammengeschlossenen Volkswirtschaften der Einfluß der Länder überwältigend, die aufgrund ihrer inneren Strukturen zu einer internationalen Konzertierung zum Ausgleich zwischen Produktion und Konsumtion letztlich doch bereit waren, trotz aller Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Auffassungen zwischen den Regierungen im einzelnen. Zu ihnen gehören die Länder mit alten sozialdemokratischen Traditionen, bei denen schon die Durch-

Kapital und Massenkonsum

setzung der kapitalistischen Produktionsweise von politischen Kämpfen abhing (England, Deutschland und auch Frankreich) und die ehemaligen Siedlungskolonien, die in der Krise der dreißiger Jahre nach anfänglich im einzelnen unterschiedlich schwachen Arbeiterbewegungen entschlossen zum Wohlfahrtsstaat übergangen. In der Nachkriegszeit war insbesondere in den Vereinigten Staaten die Bereitschaft wichtig, Wachstum über parallele Nachfrageexpansion aller beteiligten kapitalistischen Volkswirtschaften zu sichern und dabei sogar das technische Aufholen mehrerer größerer Wirtschaften gegenüber den bis dahin führenden Vereinigten Staaten hinzunehmen.

Mit dem Niedergang der amerikanischen Vormachtstellung und der abnehmenden Wirksamkeit konventioneller keynesianischer Instrumentarien gewinnen die kapitalistischen Wirtschaften an Gewicht, die sich wie Japan, aber auch wie die jetzt in den Club der Industrieländer vorstoßenden Schwellenländer einer solchen Konzertierung entziehen. Wer gestützt auf noch niedrige Reallöhne bei technisch führenden Branchen wettbewerbsfähig ist, kann auch, ohne seinem Produktivitätsfortschritt entsprechend die Binnennachfrage zu erweitern, durch Exportüberschüsse Vollbeschäftigung erzielen. Bei der Einführung neuer Technologien, deren Produktivität nicht von den vorhandenen abhängt, haben Wirtschaften Wettbewerbsvorteile, die bei den alten Technologien zurückliegen (und deshalb niedrige Reallöhne haben), aber ausreichend mit aufgeschlossen haben, um die neuen Technologien mit der gleichen Produktivität anzuwenden wie die führenden Wirtschaften.

Die osteuropäischen Reformstaaten sind dieser Gruppe zuzuordnen. Sie sind zu weltmarktorientiertem kapitalistischem Wachstum in der Lage, vorausgesetzt, daß sie ihre Wechselkurse entsprechend tief ansetzen. Unter dieser Voraussetzung können sie Exportwachstum mit Binnenmarktwachstum auf der Grundlage steigender Masseneinkommen und -beschäftigung erreichen. Nur der ehemaligen DDR wurde von der Bundesrepublik in völliger Verkennung der eigenen Entwicklung nach 1948 (niedriger Außenwert der DM und dadurch niedrige Arbeitskosten in internationaler Währung) eine gegenteilige Politik verordnet, nämlich massive Transfers und hoher (an die westdeutsche Produktivität gekoppelter) Wechselkurs. Wir beobachten, daß die deutschen Unternehmer und die deutschen Verwaltungen bei der Kanalisierung der so übertragenen Rente keineswegs wesentlich erfolgreicher sind als z.B. die Verwaltungen der Ölländer.¹⁶

Die Durchsetzung einer primär auf den Weltmarkt gerichteten Entwicklungsstrategie wird in den osteuropäischen Reformstaaten deshalb möglich, weil sich ihre Wähler politischen Organisationen zuwenden, die eine vorkeynesianische Sicht von Kapitalismus haben. Wegen der Schwäche horizontaler Interessenorganisationen auf der Seite der Arbeiter und dem überragenden Wunsch nach Aufholen ist mit einer raschen Durchbrechung der ordnungspolitischen Prinzipien

der Marktwirtschaft zugunsten einzelner Unternehmerinteressen zu rechnen. Dies wird mit dem Wunsch nach einer möglichst günstigen Stellung in der internationalen Arbeitsteilung gerechtfertigt.

Rückständige Ökonomien, die neue Technologien mit der gleichen Produktivität nutzen können wie fortgeschrittenere, werden bei diesen neuen Technologien gegenüber fortgeschrittenen Wirtschaften begünstigt, weil diese aufgrund ihrer technisch höheren Entwicklung in anderen Bereichen dementsprechend höhere Realeinkommen und Wechselkurse haben, also komparative Kostennachteile bei den modernsten Technologien aufweisen. Eine solche Bevorzugung durch komparative Kostenvorteile bei neuen Technologien kann von rückständigen Wirtschaften vertieft und von führenden Wirtschaften nachgeahmt werden, wenn zulasten weniger zukunftsträchtiger Branchen die zukunftsträchtigen subventioniert werden. Dies ist Industriepolitik. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist möglich, weil z.B. auch selbst allgemeine Ausbildungsmaßnahmen sich nicht auf gleiche Weise auf alle Branchen auswirken. Industriepolitik wird umso effizienter, als die administrative Allokation der Fonds auf kostengünstige Weise zugunsten der tatsächlich zukunftsträchtigen Branchen gelingt. Auch hier können die gesellschaftlich ökonomischen Prozesse nur auf Stärkung administrativer Strukturen hinauslaufen, die lokal, national oder auch regional Nationalstaaten umfassend Aufgaben der „Rentenkanalisierung“ (Wirtschaftsförderung) übernehmen, unter Umständen durchaus im Hinblick auf sehr spezifische Branchen.

In einer immer stärker „merkantilistischen“ Weltwirtschaft, in der die Staaten um Spezialisierungsvorteile auch unter Einsatz staatlicher Ressourcen kämpfen, können die politischen Konflikte zunehmen, und zwar nicht nur deshalb, weil durch außenwirtschaftliche Maßnahmen eines Staates in ihren Interessen verletzte Industrien eines anderen Vergeltungsmaßnahmen durchsetzen, sondern weil Interventionen des hier notwendigen Typs Koordination von Interessen durch den Staat mit der Folge der Herausbildung von durch Nationalismus zusammengehaltenen, klientelistisch an den Staat gebundenen und von ihm geführten Koalitionen fördern.

Im Nord-Süd-Konflikt, in den zu erwartenden gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen in den führenden Industrieländern und aus den Folgen von Aufholprozessen resultieren Tendenzen, die die liberale Demokratie und den auf Massenkonsum beruhenden Profit nicht stärken, sondern eher zur Sukzession von Situationen führen, in denen sehr unterschiedliche soziale Gruppen die vertikalen Beziehungen und die politische Konzertierung ausbauen; dies erzeugt Kettenreaktionen, weil zu kurz gekommene Gruppen sich nicht über die Wiederherstellung des Markts, sondern die Aufnahme wirksamerer Beziehungen zu anderen Gruppen und zum Staat absichern werden.¹⁷ Mehrprodukt wird nicht mehr über den Markt und nur bedingt durch private Unternehmen (die nicht mehr privat sondern von

öffentlichen Kassen abhängig sind) mobilisiert und investiert mit der Folge einer Erschöpfung der öffentlichen Finanzen. Diese Form der Verteilung kann nicht mehr durch Hinweis auf Markteffizienz (bei Begünstigung anderer Unternehmen) oder das Gleichheitspostulat (bei Begünstigung der Arbeiter) gerechtfertigt werden, sondern erfordert eine zusätzliche ideologische Dimension. Solch eine Struktur kommt der bürokratischen Entwicklungsgesellschaft in der Dritten Welt sehr nah.¹⁸ Ihr Kommen wird umso schneller eintreten, als die Differenz zwischen der Verhaltensregeln für Kapitalisten (Konkurrenz um Kostensenkung) und den Funktionsbedingungen des kapitalistischen Systems (Ausweitung der Nachfrage) nicht ernst genommen wird.

* Da es sich nach dem Wunsch der Redaktion um einen Artikel handelt, der den Ansatz des Autors darstellt, wird auf Annotationen weitgehend verzichtet und nur auf weiterführende Schriften des Autors verwiesen.

- 1 H. Elsenhans, Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer, in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Technik und internationale Entwicklung, Baden-Baden 1986, S. 273-286; J. Hicks, Money, Interest and Wages. Collected Essays on Economic Theory, Bd. 2, Oxford 1982, S. 41; R. Harrod, Economic Essays, London/New York 1972.
- 2 H. Elsenhans, Klassenkämpfe – Zur Geschichte von Entwicklung und Unterentwicklung, in: J. Linhard/K. Voll (Hrsg.), Weltmarkt und Entwicklungsländer. Berliner Studien zur Internationalen Politik. Schriftenreihe der Arbeitsstelle „Internationale Politik und Schule“ an der Pädagogischen Hochschule Berlin, Rheinstetten 1976, S. 39; ders., Rising Mass Incomes as a Condition of Capitalist Growth: Implications for the World Economy, in: International Organization, 37, 1 (1983), S. 1-38; ders., Égalité et développement. L'expérience européenne et le monde sous-développé d'aujourd'hui“, in: Cultures et développement, 15, 2 (1983), S. 187-216; ders., Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/M. 1979, S. 101-148.
- 3 H. Elsenhans, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Einige Bemerkungen zu neocardianischen und marxistischen Behauptungen, in: Leviathan, vol.7 (4), 1979, S. 584-594.
- 4 R. Bicanic, The Treshold of Economic Growth, in: Kyklos, 15, 1 (1962), S. 7-28; J. W. Kendrick, Productivity Trends in the United States. A Study by the National Bureau of Economic Research, Princeton, N.J. 1961, S.166-167; S. Fabricant, Basic Facts on Productivity Changes, New York: NBER Occasional Papers 63 (1959) S. 27; R. M. Solow, Technical Change and the Aggregate Production Function, in: Review of Economics and Statistics, 39, 3 (1957), S. 316; E. Helmstädter, Der Kapitalkoeffizient. Eine kapitaltheoretische Untersuchung, Stuttgart 1969, S. 54-60; R. Minami, The Economic Development of Japan: A Quantitative Study, Houndsmill u.a. 1986, S. 190.
- 5 H. W. Sinn, Das Marx'sche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 131, 4 (1975), S. 653.
- 6 N. Georgescu-Roegen, Economic Theory and Agrarian Economics, in: Oxford Economic Papers, 12, 1 (1960), S. 32-40; B. Moo-Ki, The Turning Point in the Korean Economy, in: The Developing Economics, 20, 1 (1982), S. 118.
- 7 H. Elsenhans, Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, daß Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung der Massenmarktes erfordert, in: Verfassung und Recht in Übersee, 13, 4 (1980), S. 283-292.

- 8 J. C. H. Fei/G. Ranis, *Development of a Labor Surplus Economy. Theory and Policy*, Homewood (Ill.) 1964, S. 17-35; W. A. Lewis, *Economic Development with Unlimited Supply of Labour*, in: *Manchester School of Economic and Social Studies*, 22, 4 (1954), S. 160-176.
- 9 Ch. Buchheim, *Industrielle Revolution und Lebensstandard in Großbritannien*, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 76, 4 (1989), S. 510-512.
- 10 Vgl. H. Elsenhans, *Die Überwindung von Unterentwicklung*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt (1): Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung*, Hamburg 1974, S. 162-189. Dort wurde eine nach jeweiligen Potentialen differenzierende, aber auf Wachstum durch Produktion für Massenmärkte abstellende Betrachtung gefordert. Sie stellte in den Mittelpunkt: Aufbau von Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien für die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion, Agrarrevolution, und plädierte für eine differenzierte Betrachtung der möglichen Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung; Also Vorrang der internen Umstrukturierung vor der Dissoziation, Reduktion des Profits in der Landwirtschaft zur Befriedigung von Grundbedürfnissen, und Aufrechterhaltung eines hohen Wachstums mittels eines niedrigen Kapitalkoeffizienten, Kombination arbeits- und kapitalintensiver Technologien. Gerade mit seiner Konzentration auf die inneren Voraussetzungen für die Überwindung von Unterentwicklung stand der Beitrag in deutlichem Gegensatz auch zur damaligen kritischen Diskussion in Deutschland, die D. Senghaas, *Die Überwindung von Unterentwicklung: Konfliktpotentiale und Handlungsspielräume*, in: *DGFK-Informationen*, Bonn 1974, S. 10-17, mit einem deutlichen Vorrang für die weltwirtschaftlichen Aspekte wiedergibt. Ich habe den Ansatz weiter ausformuliert, u.a.: H. Elsenhans, *Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion von Massenbedarf – Weiterentwicklung eines Ansatzes*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt (1): Theorien, Strategien, Indikatoren*, Hamburg 1982, S. 152-182; ders., *Le développement autocentré contradictoire*“ in: *Les Cahiers du CREAD*, 3 (1984), S. 4-47; ders., *Growth and Income Distribution: Theory and Experience*, in: H. Kurth (Hrsg.), *Economic Growth & Income Distribution*, Quezon City 1989, S. 14-54.
- 11 H. Elsenhans, *Polarisierung und Ausgleichstendenzen im Weltsystem*, in: ders./G. Junne/G. Kiersch/B. Pollmann, *Frankreich-Europa-Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebur*, Opladen 1989, S. 510-514.
- 12 H. Elsenhans, *Egalitarisme social et critique des modes de production dans la périphérie au lieu d'antiimpérialisme et critique des rapports économiques entre le Centre et la Périphérie*, in: *EADI Working Group: Multinationales et Développement: un débat* (Symposium de Paris du 10 octobre 1980), Paris: Université de Paris, Institut d'Etudes du Développement Economique et Social, 1981, S. 57-62.
- 13 Ders., *Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 10, 1 (1977), S. 29-42; ders., *Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung*, in: A. Schmidt (Hrsg.), *Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit*, Frankfurt/M. 1976, S. 250-265; ders., *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Frankfurt/M. 1981, S. 116-192.
- 14 Ders., *Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß, Demokratisierung*, in: ders. (Hrsg.), *Agrarreform in der Dritten Welt*, Frankfurt/M./New York 1979, S. 552-557.
- 15 Vgl. dazu ders., *Die Logik des Profits und die Logik der Rente – Gefährdungen beim Übergang zu einem neuen internationalen System*, in: E. Fomdran (Hrsg.), *Politik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden 1992 (i.E.); H. Elsenhans, *Rente, strukturelle Heterogenität und Staat: Entwicklungsperspektiven der Staatsklasse in der Dritten Welt*, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 4 (1986), S. 21-36; ders., *Zu reich für alternative Entwicklungsstrategien – Das Dilemma der Dritten Welt*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 12, 1 (1986), S. 155-172; ders., *Rente, sous-développement et Etat dans le Tiers Monde*, in: *Les Cahiers du CREAD*, 5 (1986), S. 5-52.
- 16 K. A. Wittfogel, *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*, Köln/Berlin 1962, S. 171.

Kapital und Massenkonsum

- 17 H. Elsenhans, Le monde arabe et l'Europe dans la nouvelle division internationale du travail, in: B. Khader (Hrsg.), *Coopération Euro-Arabe. Diagnostique et Prospective. Actes du Colloque organisé à Louvain-la-Neuve (2-4 décembre 1982) par le Centre d'Etude et de Recherche sur le Monde Arabe Contemporain de l'Université Catholique de Louvain*, Bd. 3, Leuven 1983, S. 51-66; ders., *OPEC and Oil Crisis: Turning Point in North-South-Relationship or Exacerbation of Underdevelopment*, in: K.-J. Gantzel/H. Mejcher (Hrsg.), *Oil, the Middle East, North Africa and the Industrial States*, Paderborn 1984, S. 229-282.
- 18 Zu den Hauptaspekten einer Produktionsweise vgl. H. Elsenhans, *Zur Theorie und Praxis bürokratischer Entwicklungsgesellschaften*, in: H. Körner (Hrsg.), *Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit*, Berlin 1989, S. 101-141.